

konzentrieren. Gleichzeitig wurden der Landwirtschaftsrat beim Ministerrat, Bezirkslandwirtschaftsräte und Kreislandwirtschaftsräte mit Produktionsleitungen für die einheitliche Leitung, Planung und Organisation der sozialistischen Landwirtschaft gebildet.

i. Die Grundrechte

Infolge des Primats der SED konnte schon im Jahre 1949 der Grundrechtskatalog der formellen Verfassung nicht wirksam werden. Wenn im Jahre 1958 Walter Ulbricht und Hilde Benjamin behaupteten, die Grundrechte hätten sich in der sowjetischen Besatzungszone zu sozialistischen Persönlichkeitsrechten gewandelt, so wird damit nur ein Zustand bestätigt, der im sowjetisch besetzten Gebiet schon immer bestanden hat: Die Grundrechte können nur in dem Ausmaße ausgeübt werden, in dem es die SED zuläßt. Innerhalb dieser Grenzen werden die Grundrechte zu Pflichten.

Mit der Behauptung, die Grundrechte hätten sich in sozialistische Persönlichkeitsrechte verwandelt, soll bemäntelt werden, daß in Wirklichkeit die Grundrechte gebrochen werden. So soll Art. 8 die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht, sich an einem beliebigen Ort niederzulassen, gewährleisten. Am Beispiel der persönlichen Freiheit zeigt sich am deutlichsten, was es bedeutet, wenn die Grundrechte für sozialistische Persönlichkeitsrechte gehalten werden. Freiheit bedeutet Abwesenheit von Zwang jeder Art. Die Kommunisten verstehen den Satz Hegels, Freiheit sei Einsicht in die Notwendigkeit, dahin, daß Freiheit die Einsicht darin bedeute, die geschichtliche Entwicklung müsse zum Aufbau und zum Sieg des Sozialismus entsprechend den Weisungen der Kommunistischen Partei führen. Aber selbst wenn Freiheit Einsicht in eine objektive Gesetzmäßigkeit des Geschehensablaufs sein würde, so rechtfertigt das nicht, irgend jemanden zu dieser Einsicht zu zwingen. Geschieht das doch, ist die persönliche Freiheit verletzt.

Persönliche Freiheit

Die Kommunisten verzichten nur selten auf die Ausübung von Zwang, wenn sie die ökonomische und gesellschaftliche Weiterentwicklung in ihrem Sinne betreiben. Es handelt sich hier nicht um einen Zwang, den der Staat auszuüben berechtigt ist, wenn er durch Gesetz dazu ermächtigt ist. Die Kommunisten begründen ihr Vorgehen mit der ökonomischen Gesetzmäßigkeit, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob ein juristisches Gesetz sie dazu ermächtigt oder nicht. Werden die Bürger genötigt, bei Wahlen ihre Stimmzettel offen abzugeben, indem der Wahlvorsteher auf die Wahlkabine in der Ecke des Wahllokals mit dem Bemerkten hinweist, wer gegen die Regierung sei, dürfe sie benutzen und damit den Benutzer zum Staatsfeind erklärt, werden Arbeiter in „volkseigenen Betrieben“ unter dem Druck einer sogenannten Konfliktkommission zur Leistung von Sonderschichten veranlaßt, wirbt das Ministerium für Staatssicher-